

Landkreis Kassel

Haupt- und Finanzausschuss

Wilhelmshöher Allee 19 – 21, 34117 Kassel

Tel.: 0561-1003-0

Kassel, 04.05.2018



Niederschrift

der 13. öffentlichen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses
(Wahlzeit 2016 - 2021)

am Mittwoch, 02.05.2018
von 16:00 Uhr bis 16:30 Uhr

Ort: 34117 Kassel, Wilhelmshöher Allee 19-21,
Kreishaus, Großer Sitzungssaal

I. Zu der heutigen Sitzung wurden mit Schreiben des Ausschussvorsitzenden Becker vom 13.04.2018 schriftlich eingeladen:

- Mitglieder des Gremiums Haupt- und Finanzausschuss
- Herrn Kreistagsvorsitzenden
- Damen/Herren stellv. Kreistagsvorsitzende
- Mitglieder des Kreisausschusses
- Vertreter/innen der Fraktionen nach § 62 (4) Satz 2 HGO
- Vertreter/in des Ausländerbeirates
- Vertreter/in des Seniorenbeirates

Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzung wurden am 25.04.2018 in der Tageszeitung „Hessische/Niedersächsische Allgemeine“ – Ausgaben Kassel, Hofgeismar und Wolfhagen – öffentlich bekannt gemacht.

II. An der Sitzung nehmen teil:

Siehe Aufstellung am Ende der Niederschrift.

III. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit:

Die Sitzung wird um 16:00 Uhr vom Ausschussvorsitzenden Becker eröffnet. Er stellt fest, dass die Einladung ordnungsgemäß erfolgte und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses gegeben ist.

Der Tagesordnungspunkt 4 wurde bereits in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 05.03.2018 behandelt und wird daher von der Tagesordnung abgesetzt. Sonstige Einwände gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

Zu Sitzungsbeginn verweist der Ausschussvorsitzende darauf, dass den Mitgliedern des Haupt- und Finanzausschusses die Sammlung der Anzeigen der Mitglieder des Kreistages sowie des Kreisausschusses gem. § 18 HKO / § 26a HGO zur Einsichtnahme vorgelegt wird.

Tagesordnung:

- TOP 1** **Genehmigung/Kenntnisnahme über- und außerplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen**
- TOP 1.1** **Kenntnisnahme von überplanmäßigen Aufwendungen gem. § 100 HGO in Verbindung mit § 7 der Haushaltssatzung 2017**
a) Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (UVG)
b) Budgetzahlungen 2016 an die Stadt Kassel für die gemeinsame Ausländerbehörde
Vorlage: 2018/0805
- TOP 2** **Grundstücksangelegenheiten**
- TOP 3** **Satzung des Landkreises Kassel über die Erhebung von Gebühren für die Unterbringung von Personen nach dem Landesaufnahmegesetz (LAG)**
Vorlage: 2018/0815
- TOP 4** **Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 07.02.2018 betr. „Familienzusammenführung im Landkreis beschleunigen“**
Vorlage: 2018/0780
- TOP 5** **Antrag der AfD-Fraktion vom 01.04.2018 betr. „Gewalt gegen Rettungskräfte“**
Vorlage: 2018/0822
- TOP 6** **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 07.04.2018 betr. „Bewirtschaftung von Ackerrandstreifen“**
Vorlage: 2018/0823
- TOP 7** **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 07.04.2018 betr. „Nutzung von kreiseigenen Flächen durch Photovoltaikanlagen“**
Vorlage: 2018/0824
- TOP 8** **Mitteilungen, Anfragen, Verschiedenes**

Abhandlung der Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

TOP 1 Genehmigung/Kenntnisnahme über- und außerplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen

TOP 1.1 Kenntnisnahme von überplanmäßigen Aufwendungen gem. § 100 HGO in Verbindung mit § 7 der Haushaltssatzung 2017
a) Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (UVG)
b) Budgetzahlungen 2016 an die Stadt Kassel für die gemeinsame Ausländerbehörde
Vorlage: 2018/0805

Abstimmungsergebnis:

Ja:	
Nein:	
Enthaltung:	
Kenntnisnahme:	X

Beschlussfassung:

Dem Kreistag wird empfohlen, folgende Feststellung zu treffen:

Von der Leistung nachstehend aufgeführter überplanmäßiger Aufwendungen im Jahr 2017 nach § 100 Abs. 1 HGO in Verbindung mit § 7 der Haushaltssatzung wird Kenntnis genommen:

- a) Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (UVG) in Höhe von 871.168,14 Euro
- b) Budgetzahlungen 2016 an die Stadt Kassel für die gemeinsame Ausländerbehörde in Höhe von 439.000,00 Euro

TOP 2 Grundstücksangelegenheiten

Vorbemerkungen:

Hier liegt keine Vorlage des Kreisausschusses vor.

**TOP 3 Satzung des Landkreises Kassel über die Erhebung von Gebühren für die Unterbringung von Personen nach dem Landesaufnahmegesetz (LAG)
Vorlage: 2018/0815**

Abstimmungsergebnis:

Ja:	11
Nein:	0
Enthaltung:	0
Kenntnisnahme:	

Beschlussfassung:

Dem Kreistag wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Satzung des Landkreises Kassel über die Erhebung von Gebühren für die Unterbringung von Personen nach dem Landesaufnahmegesetz (LAG) – Stand: 16.04.2018 – wird beschlossen. Sie tritt rückwirkend zum 01.01.2017 in Kraft.

**TOP 4 Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 07.02.2018 betr. „Familienzusammenführung im Landkreis beschleunigen“
Vorlage: 2018/0780**

Vorbemerkungen:

Der Tagesordnungspunkt wurde bereits in der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 05.03.2018 behandelt und wird daher zu Beginn der Sitzung von der Tagesordnung abgesetzt.

**TOP 5 Antrag der AfD-Fraktion vom 01.04.2018 betr. „Gewalt gegen Rettungskräfte“
Vorlage: 2018/0822**

Vorbemerkungen:

Hierzu liegt neben dem Ursprungsantrag ein Antrag der SPD-Fraktion vom 17.04.2018 vor.

Es wird zunächst über den Antrag der AfD-Fraktion abgestimmt:

Abstimmungsergebnis:

Ja:	1
Nein:	5
Enthaltung:	5
Kenntnisnahme:	

Dem Kreistag wird empfohlen, den Antrag der AfD-Fraktion vom 01.04.2018 betr. „Gewalt gegen Rettungskräfte“ abzulehnen.

Es wird dann über den Antrag der SPD-Fraktion abgestimmt:

Abstimmungsergebnis:

Ja:	7
Nein:	0
Enthaltung:	4
Kenntnisnahme:	

Beschlussfassung:

Dem Kreistag wird empfohlen, in Anlehnung an die sogenannte „Wetzlarer Erklärung“ folgendes zu beschließen beziehungsweise festzustellen:

Der Kreistag des Landkreises Kassel nimmt mit großer Besorgnis zur Kenntnis, dass die Zahl der verbalen und körperlichen Angriffe gegen öffentlich Bedienstete sowie haupt- und ehrenamtlichen Kommunalpolitikern deutlich erhöht hat. Sie werden immer öfter Opfer von Beleidigungen, Drohungen und auch tätlicher Gewalt. Mitarbeiter im Rettungsdienst und Angehörige der Feuerwehren – auch ehrenamtliche freiwillige Feuerwehrangehörige berichten immer häufiger bei der Erfüllung ihrer Aufgaben im Interesse der Allgemeinheit behindert, beleidigt oder sogar angegriffen zu werden.

Der Kreistag des Landkreises Kassel lehnt solche Übergriffe auf das Entschiedenste ab. Sie müssen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln des Strafrechts konsequent verfolgt werden, insbesondere aber auch – als Ausdruck einer nicht hinzunehmenden Verrohung – gesellschaftlich klar verurteilt werden.

Die Anwendung und Androhung körperlicher Gewalt ist unter keinen denkbaren Umständen gerechtfertigt. Dies gilt auch und gerade dann, wenn sich die Bedrohung nicht nur gegen die Amtsträger selbst, sondern auch gegen ihre Familienangehörigen richtet. Der Rechtsstaat und die Gesellschaft müssen sich in solchen Fällen schützend vor die Amtsträger und ihre Familien stellen. Die Behörden stehen für eine bürgeroffene und frei zugängliche Verwaltung. Trotzdem ist nachvollziehbar, wenn in besonders gefährdeten Bereichen verstärkt auf Einlasskontrollen und ähnliche Schutzmaßnahmen gesetzt wird. Dabei vertrauen die Behörden neben eigener Kompetenz insbesondere auch auf die kriminalpolizeiliche, präventive Beratung der Polizei.

Die Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltungen und der Hilfsorganisationen nehmen für das Gemeinwesen wichtige Aufgaben mit großem persönlichem Engagement wahr. Sie verdienen dafür besondere Achtung und Dank, und zwar auch dann, wenn aus Sicht der Betroffenen unliebsame Entscheidungen getroffen werden müssen. Kränkungen, ehrverletzende Äußerungen oder Verleumdungen sind daher nicht hinnehmbar. Sie wiegen besonders schwer, wenn sie in der Öffentlichkeit verbreitet werden.

Das Internet bietet viele Möglichkeiten, Beleidigungen, Drohungen oder Aufrufe zur Gewalt in anonymer Form zu kommunizieren. Damit das Internet nicht zu einem rechtsfreien Raum verkommt, sind insbesondere die Betreiber entsprechender Plattformen und der sozialen Medien aufgefordert, solche Inhalte ggf. auch zu löschen.

Der politische Meinungskampf lebt nicht zuletzt von zuspitzenden, abgrenzenden Formulierungen. Auch in der verbalen Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner sind aber dessen Persönlichkeitsrechte zu achten. Der Kreistag des Landkreises Kassel bekennt sich zur grundgesetzlich geschützten Meinungsfreiheit, die ein hohes Gut ist. Aus der Meinungsfreiheit folgt jedoch kein Freibrief für beleidigende oder verleumderische Äußerungen oder gar für die Drohung mit Gewalt.

**TOP 6 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 07.04.2018 betr.
„Bewirtschaftung von Ackerrandstreifen“
Vorlage: 2018/0823**

Vorbemerkungen:

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt ein modifizierter Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingegangen am 25.04.2018 vor, der den Ursprungsantrag vom 07.04.2018 ersetzt. Dieser Antrag wird in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses geändert, in dem im ersten Satz die Worte „**als Aufsichtsbehörde**“ gestrichen werden.

Weiterhin liegt ein konkurrierender Antrag der CDU-Fraktion sowie zu diesem konkurrierenden Antrag ein Ergänzungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingegangen am 25.04.2018 vor.

Über alle drei Anträge wird nicht abgestimmt.

**TOP 7 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 07.04.2018 betr.
„Nutzung von kreiseigenen Flächen durch Photovoltaikanlagen“
Vorlage: 2018/0824**

Vorbemerkungen:

Der Antrag wurde von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bereits in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt- und Verbraucherschutz, Abfallwirtschaft und Energie bis zur Kreistagssitzung nach der Sommerpause zurückgestellt. Es erfolgt keine Abstimmung.

TOP 8 **Mitteilungen, Anfragen, Verschiedenes**

- Herr Sänger erkundigt sich zu den gemeinsamen Plänen des Landes Hessen, der Stadt Hofgeismar und des Landkreises Kassel die Immobilie Sababurg betreffend. Landrat Schmidt informiert, dass im Haushalt des Land Hessen Mittel vorgesehen sind, welche allerdings für den Umfang der notwendigen Baumaßnahmen nicht ausreichen werden, sodass vom Hessischen Immobilienmanagement zu klären ist, ob zunächst nur Maßnahmen im verfügbaren finanziellen Rahmen ausgeführt werden oder ob mehr Mittel bereitgestellt werden können. Daneben ist zu klären, wie der Betrieb während der Baumaßnahmen fortgeführt werden kann. An dieser Fragestellung wirken sowohl die Stadt Hofgeismar als auch der Landkreis Kassel mit. Es ist geplant, dass eine Besichtigung der Sababurg weiterhin möglich ist und gegebenenfalls sind auch Baustellenbesichtigungen vorgesehen. Ein Foodtruck soll Besucher mit Speisen versorgen.
- Frau Dr. Mlasowsky erfragt, ob sich die gemeinsamen Pläne zwischen dem Land Hessen, der Stadt Hofgeismar und dem Landkreis Kassel nur auf die Zeit der Bauphase erstrecken. Landrat Schmidt bestätigt dies. Frau Dr. Mlasowsky möchte des Weiteren wissen, ob die Baumaßnahmen auch vorsehen, dass es weiterhin einen Hotelbetrieb in der Sababurg geben wird. Landrat Schmidt bestätigt, dass dies so geplant sei.
- Landrat Schmidt stellt den neuen Geschäftsverteilungsplan des Landkreises Kassel vor und erläutert die wichtigsten Änderungen, welche sich mit Dienstantritt des neuen Ersten Kreisbeigeordneten Siebert zum 01.05.2018 ergeben haben.

Becker
Vorsitzender

Gück
stellv. Schriftführerin

Teilnehmerverzeichnis:

Teilnehmer	Fraktion	Bemerkung
------------	----------	-----------

Anwesend:**Gremienmitglieder (stimmberechtigt)**

Friedhelm Becker	CDU	
Andreas Güttler	SPD	Vertretung für Herrn Thomas Bergmann
Dieter Lengemann	SPD	
Ullrich Meßmer	SPD	
Dr. Bärbel Mlasowsky	FW	
Edgar Paul	SPD	
Volker Richter	AfD	
Maik Sembowski	CDU	
Timo Storch	SPD	
Frank Williges	CDU	
Monika Woizeschke-Brück	B90/DIE GRÜNEN	

Teilnehmende Personen (ohne Stimmberechtigung)

Uwe Schmidt	SPD	
Andreas Siebert	SPD	
Irmgard Croll	FW	
Arno Meißner	CDU	
Christa Oehler	SPD	
Jutta Rüdtenklau	CDU	
Björn Sänger	FDP	
Christian Strube	SPD	
Wilfried Wehnes	SPD	
Ute Wolfram-Liese	SPD	
Cemal Dede Bozdogan	IWG	
Horst Heusner		

Verwaltung

Jens Dilcher		
Anna-Lena Gück		
Philipp Mader		
Oliver Rother		
Andreas Sennhenn		
Udo Umbach		

Abwesend:**Gremienmitglieder (stimmberechtigt)**

Thomas Bergmann	SPD	
-----------------	-----	--

Teilnehmende Personen (ohne Stimmberechtigung)

Thomas Ackermann	B90/DIE GRÜNEN	
Matthias Berghaus	FDP	
Uta Erdmann	SPD	
Burkhard Finke	SPD	

Andreas Flinsch	AfD	
Heidrun Gottschalk	SPD	
Juanita Hille-Kleij	DIE LINKE.	
Birgit Kaiser-Wirz	CDU	
Dr. Christian Knoche	DIE LINKE.	
Cono Morena	SPD	
Burkhard Schneider Freiherr von Lepel	CDU	
Bettina Schröder	SPD	